

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/126

Bad Godesberg, den 6. Juli 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Forschung für Abrüstung und Friedenssicherung</u> Eine große Chance der deutschen Politik	45
2	<u>Steuerrealität</u> Das Handelsblatt und Helmut Schmidt	53
3	<u>Mitteldeutscher Alltag</u> Wohnungen nicht billiger - aber mehr Komfort	40
4 - 6	<u>Frankreich im Übergang</u> Klärende Beschlüsse des Parteitag der französischen Sozialisten Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	118
6	<u>Frankreichs Kommunisten verlegen</u>	17

* * *

Forschung für Abrüstung und Friedenssicherung

Eine große Chance der deutschen Politik

sp - Wie es heißt, soll nur der Haushaltsplan des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung von Kürzungen verschont bleiben. Man spricht sogar von einer Anhebung der Mittel, die diesem Ministerium im Jahre 1968 zur Verfügung stehen werden. Erfreulicherweise haben alle Ressortminister dieser Entscheidung ihre Zustimmung gegeben. Das ist gut so, denn hier handelt es sich nicht um die "Aufstockung" eines Ressorts, sondern um die langfristige Anlage von wissenschaftlichen Forschungsvorhaben, die uns a l l e n zugute kommen. Vom Stand der wissenschaftlichen Forschung hängt zu einem guten Teil die Kraft und die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft auf den internationalen Märkten ab.

Es wäre zu überlegen, ob jetzt oder in naher Zukunft nicht endlich ein Plan verwirklicht werden könnte, der schon seit langem diskutiert wird. Der verstorbene Vorsitzende der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Fritz E r l e r, hat schon vor Jahren einmal gefordert, daß die Bundesrepublik einen wissenschaftlichen Beitrag zur Erforschung der Abrüstungsmöglichkeiten und Friedenssicherung leisten müsse.

Seither wurde auf diesem Gebiet auch einiges getan. Beim Verteidigungsministerium und beim Auswärtigen Amt gibt es Stellen, die sich mit diesen Problemen befassen. Auch mehrere Institute haben Grundlagenforschungen für die Probleme der Abrüstung und Friedenssicherung vorbereitet. Außerdem gibt es in der Bundesrepublik einige Professoren, die sich teils aus eigener Initiative, teils im Auftrag von Ministerien mit den gleichen Problemen beschäftigen.

- * Wäre es nicht jetzt, da es das deklarierte Ziel der neuen Bundesregierung ist, einen deutschen Beitrag zur Abrüstung und zur
- * Sicherung des Friedens in Europa zu leisten, an der Zeit, alle
- * zum Teil unabhängig voneinander arbeitenden Institutionen und
- * Persönlichkeiten an einer deutschen Universität zusammenzuführen
- * und eine Zentralstelle für die wissenschaftliche Erforschung
- * von Abrüstungsfragen und Friedenssicherung zu schaffen?

Sachverständige behaupten, daß die jetzt schon auf diesem Gebiet unabhängig voneinander bestehenden Institutionen bei besserer Koordination und klareren politischen Zielsetzungen als bisher auch ohne allzu große finanzielle Mittel erheblich mehr leisten könnten als in der Vergangenheit.

Die Verwirklichung eines solchen Gedankens würde ohne Zweifel in der ganzen Welt mit Aufmerksamkeit registriert werden. Schon seit langem wartet man darauf, daß die Bundesrepublik Deutschland sich aktiv und auf der Grundlage von Ergebnissen wissenschaftlicher Forschungen in jene Bemühungen einschaltet, die heute allgemein als Voraussetzung für die Sicherung des Friedens gelten. Die Tatsache, daß der Haushaltsplan des Ministeriums für wissenschaftliche Forschung unangetastet bleibt, bietet eine gute Chance dafür.

Steuersalat

rd - Für die Wahrheit des schönen Sprichwortes "Wer im Glashaushaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen", hat das Handelsblatt in seinem Leitartikel "Gefährliches Geschwätz" ein neues bezeichnendes Beispiel geliefert. In diesem Artikel wurde dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Helmuth Schmidt, eine über das Fernsehen verbreitete Erklärung vorgehalten, der Satz der Spitzenbesteuerung in der Einkommenssteuer sollte von zur Zeit 55 auf 58 oder 59 v.H. angehoben werden. Solche Erklärung - so das Handelsblatt - torpediere die konjunkturpolitischen Bemühungen der Bundesregierung, insbesondere des Bundeswirtschaftsministers, der gegen jede Steuererhöhung sei und sicherlich nur mit Zähneknirschen dem Kompromiß einer Erhöhung der Mehrwertsteuer zugestimmt habe. Das Letztere stimmt sicher.

In Überschätzung des eigenen Wissens versteigt sich der Verfasser zu der Feststellung und Anmaßung, er müsse fachlich unbedarften Politikern sagen, daß jedwede Finanzplanung und jedem Haushaltsausgleich Grund und Boden radikal entzogen sei, wenn den ohnehin kärglichen Gewinnerwartungen der Unternehmen auch noch mit direkten steuerlichen Eingriffen ein Schlag versetzt würde.

Erstens muß man feststellen, hat der Verfasser bei der so kommentierten Fernsehklärung Helmuth Schmidts entweder die Hälfte verschlafen, oder bewußt und um zu diffamieren, diese erste Hälfte der Sendung aus seinem Bewußtsein gestrichen. In ihr wurde dargestellt, bevor man Helmuth Schmidt interviewte, daß bezüglich der Besteuerung der Spitzeneinkommen von einer Million DM und mehr die Bundesrepublik eine Steueroase sei, insbesondere gegenüber Großbritannien und den USA. Und gerade wegen der vor-gesehenen steuerlichen Mehrbelastung, insbesondere der Verbrauchseinkommen durch erhöhte Mehrwertsteuer, sei es ein Akt der sozialen Gerechtigkeit, auch die höchsten Einkommen mit Opfern zu belasten, auch wenn das nicht allzu viel einbringe.

Aber lassen wir die soziale Seite dieser Steuererhöhung außer acht und beschäftigen wir uns mit der konjunkturpolitischen Beurteilung durch den Verfasser des Artikels im Handelsblatt, in der er seine ganze fachliche Unkenntnis verrät.

Auch zur Zeit der Geburtsstunde des sogenannten deutschen Wirtschaftswunders, als man der Wirtschaft durch vielfache Ausnahmeparagraphen im Steuerrecht die Möglichkeit schuf, über hohe Preise exorbitant hohe Gewinne zu machen, um im Wege der Selbstfinanzierung zu investieren und zugleich neue Vermögen anzuhäufen -, schuf man als Gegenstück dazu eine Steuerstrafe. Der ausgeschüttete Gewinn wurde damals mit 60 v.H. Körperschaftssteuer bestraft, während der nicht ausgeschüttete Gewinn steuerfrei blieb. So könnte man auch heute, da wir wieder Ausnahmebestimmungen in Form von Sonderabschreibungen gewähren, die bisher nicht genutzt werden, eine hohe Besteuerung "entnommener" Gewinne einführen, also eine "Einkommenssteuer". Ihre konjunkturfördernde Wirkung läge in der Zwang, wieder wie damals die Gewinne in Unternehmen zu belassen und zu investieren.

Wer Einkommen mit Gewinn verwechselt begreift nicht, wie nützlich es sein kann, hohe Einkommen zu besteuern, damit die Gewinne nicht verzehrt, sondern investiert werden.

Mitteldeutscher Alltag

Nicht billiger - aber mehr Komfort

sp - Von 1962 bis Ende 1966 sind in der DDR 286.000 Wohnungen erstellt worden. Die Kosten für einen Quadratmeter Wohnfläche betragen im Ausgangsjahr 1962 368 MDN (Mark Deutsche Notenbank). Bis 1966 erhöhte sich der Betrag auf 418,-- MDN. Der Anstieg betrug somit 50,-- MDN. In der gleichen Zeit wurde eine Wohnung von ca. 51 Quadratmeter Wohnfläche um rund 1.000,-- MDN teurer. Der Preis betrug 1966 = 21.500 MDN. Die Preiserhöhungen sind zum Teil auf eine bessere Ausstattung der Wohnungen zurückzuführen. 1962 wurden nur 20 Prozent aller neu erstellten Wohnungen mit Zentralheizung ausgestattet, während es 1966 schon 46 Prozent waren. Ähnliches kann von der Warmwasserversorgung gesagt werden. Der Anteil der Wohnungen mit solchen Einrichtungen stieg von 30- auf 85 Prozent. Der Wohnungsanteil, der mit Einbauküchen versehen worden ist, steigerte sich von 56 auf 91 Prozent.

Die Wohnungen wurden durch zusätzliche Verbesserungen wohnlicher gestaltet. Durch Einbauschränke, Antennenanschlüsse, fertige Tapezierung, Sprechanlagen usw. brachten sie eine unvermeidliche Verteuerung mit sich.

In den Jahren 1965/66 mußte für einen Quadratmeter Wohnfläche, wenn die Wohnung höher als im fünften Stockwerk lag, ein 40 Prozent höherer Betrag als in den unteren Stockwerken entrichtet werden. Im Durchschnitt beträgt die Erhöhung in diesen Hochhäusern ab sechste Etage 5.000 bis 7.000,-- MDN. Der Anteil der Hochhäuser ist in den letzten Jahren stark angestiegen. 1962 betrug er (von allen Wohnneubauten) nur 1 Prozent. 1966 stieg er auf 15 Prozent an. In den folgenden Jahren ist durch die intensive Bebauung von Stadtkernen eine weitere Steigerung zu erwarten.

Wohnbauten, die in ländlichen Gegenden errichtet werden, liegen in ihrer Preisgestaltung etwa um 10 Prozent höher als die in Städten. Auch hier erhöhte sich der Anteil ländlicher Wohnbauten in den gleichen Jahren von 10- auf 18 Prozent.

Die Hälfte aller dieser neu errichteten Einzelhäuser wurde in den Bezirken Neubrandenburg, Rostock und Schwerin errichtet. Der Grund für diese stärkere Bebauung gegenüber anderen Bezirken ist vor allem in der industriellen Erschließung dieser bisher landwirtschaftlich genutzten Räume zu suchen, denn der Nachholbedarf dürfte in den übrigen Bezirken etwa gleich hoch gewesen sein.

Um dem dringendsten Wohnungsbedarf abzuhelfen, werden zur Zeit relativ kleine Wohnungen von ein, bzw. zwei Zimmern gebaut. Der Anteil dieser Wohngrößen stieg in den letzten vier Jahren von 31 auf 58 Prozent an.

Frankreich im Übergang

Klärende Beschlüsse des Parteitages der französischen Sozialisten

De Gaulles Premierminister Pompidou bezeichnete dieser Tage in einem Fernsehinterview Frankreichs Regierung als "Mittelding" zwischen parlamentarischer Demokratie und Präsidialsystem. Ein Musterbeispiel hierfür war die soeben beendete französische Parlamentssession. Die Abgeordneten durften über ein Agrargesetz abstimmen, mußten aber zugleich auf die wichtigsten wirtschaftspolitischen Befugnisse zugunsten des Staatspräsidenten verzichten. Sie hatten Gelegenheit, über wichtige außenpolitische Probleme lang und breit zu diskutieren, durften aber nicht abstimmen. Die gaullistisch-konservative Mehrheit steht auf halbem Weg zwischen Unterwerfung und Protest. Selbst die Regierung Pompidou ist ein "Zwischending" zwischen herkömmlicher Exekutive und bloßen Instrument des Staatsoberhaupts.

Die demokratische Linksoption ist ein Spiegelbild dieses Zustandes. Im Kampf gegen die autoritären Tendenzen des Gaullismus ist sie zusammengerückt, ohne ein Ganzes zu bilden. Sie steht auf halbem Weg zwischen Wahlblock und Vereinigung. In diesem Zeichen stand zum letzten Wochenende der 56. Parteitag der SPIC (Sozialistische Partei Frankreichs) in Suresnes bei Paris.

Zwei Versuche

Seit Jahren ringen die französischen Parteien um Überwindung der landesüblichen und geschichtlich bedingten Zersplitterung. Für die französischen Sozialisten gibt es dabei zwei Versuche: einerseits Zusammenschluß mit den demokratischen Mittelparteien; andererseits ein Zusammengehen mit den Kommunisten, die hier nach wie vor 20 Prozent der Wähler und den stärksten Gewerkschaftsbund hinter sich haben und außerdem durch ihre Regierungsbeteiligung in der ersten Regierung De Gaulles sowie aufgrund ihrer Unterstützung der gegenwärtigen gaullistischen Außenpolitik als staatszerstörerische Kraft gelten.

Den ersten Weg wies Gaston Defferre, als er sich vor einigen Jahren gemeinsam mit christlichsozialen Kräften um die Schaffung einer liberalen Linkspartei mit deutlicher Abgrenzung von den Kommunisten bemühte. Er scheiterte mit diesem Versuch an den Widerständen sowohl in seiner eigenen Partei, als auch in christdemokratischen Kreisen. Schon in den Anfängen der V. Republik war ein Versuch Mollets mißglückt, die demokratischen Links- und Mittelparteien zu einem Wahlblock zusammenzuschließen ("Cartel des Non"). Hinzu kam noch, daß das christdemokratische Zentrum in mehreren Wahlkämpfen immer stärker aufgerieben wurde, während sich örtlich begrenzte Wahlabkommen mit den Kommunisten "bezahlt" machten.

Aufgrund dieser innenpolitischen Erfahrungen, begleitet vom außenpolitischen Trend der französisch-sowjetischen Verständigung, rückte die Versuchung einer breiteren "Einheitsfront" und "Volksfront" immer deutlicher auf die Tagesordnung der französischen Innenpolitik. Zunächst aber galt es, die Gruppen und Parteien der eigentlichen demokratischen Linken organisatorisch zusammenzufassen.

Hoffnungen

In den letzten Jahren kam es so zur Bildung der FGDS (Fédération de la Gauche Démocrate et Socialiste = Sozialistisch-demokratische Linksföderation). Bis jetzt blieb diese jedoch nur eine Dachorganisation und ein Wahlblock für eine Reihe von linksdemokratischen Parteien und Organisationen, unter welchen die SFIO die stärkste Kraft stellt. Mit ihr streben die "Radikalen" (die alte Partei der französischen Liberalen,) die "Widerstandsdemokraten" (Mitterrand) und die sogenannten "Clubs" (Arbeitsgemeinschaften) gemeinsam zur Schaffung einer wirklichen und größeren Sozialdemokratischen Partei in Frankreich.

Millionen Franzosen stimmten im Dezember 1965 für Mitterrand und im März 1966 für die FGDS. De Gaulle und die Gaullisten wurden um ein Haar von der Linksoption überflügelt, in vielen Städten und Provinzen tatsächlich geschlagen. Der organisatorische Zusammenschluß aller Linksdemokraten sollte nun in diesem Jahr die natürliche Folge eines jahrelangen Prozesses sein.

... und Widerstände

Gerade jetzt werden aber in der SFIO die Widerstände stärker. Man zögert in der hundert Jahre alten Sozialistischen Partei Frankreichs, seine Eigenpersönlichkeit aufzugeben. Man drängt auf Verlangsamung des Einigungsprozesses.

Die demokratischen und freisinnigen Partner seien noch keine "wirklichen Sozialisten", erklärte der Parteivorsitzende Guy Mollet, als Hauptargument gegen überstürzte Fusion und erntete mit diesen Bedenken die volle Zustimmung der Parteidelierten. Was aber ist "Sozialismus" und was sind "wirkliche Sozialisten"? Darüber läßt sich streiten und darüber wird schon seit mehr als hundert Jahren zwischen Parteien und Sekten fleißig gestritten. Die französischen "Radikalen" nennen sich schon seit über einem Menschenalter "Radikalsozialisten", und die "Clubs" sind erst recht vom sozialistischen Charakter ihrer Reformpläne überzeugt.

Mollet umreißt den Begriff aber eng und scharf: Streben zu einer "klassenlosen und kriegsfreien Gesellschaft", Abschaffung der "kapitalistischen Produktionsweise". Außerdem wünscht er "Revolutionäre" als Parteifreunde. So viel Prinzipientreue mag bei einem Mann erstauen, der in der IV. Republik Ministerpräsident war und heute das Amt eines Außenministers im "Schattenkabinett" der Linksoption innehat. Mollet unterscheidet aber streng zwischen seiner Aufgabe als Staatsmann und als Parteimann.

Mollets Parteikonzept geht von der Voraussetzung aus, daß die gegenwärtige gaullistische "Reaktionsperiode" Gefahren einer totalitären Diktatur in sich birgt, die nach dem Ableben des General-Präsidenten akut werden könnten. Unter diesen Bedingungen müsse die Partei mehr denn je "dur et pur" (hart und rein) sein, um ihre Aufgaben erfüllen zu können.

Abgrenzung

Ebenso erfolgt jetzt aber auch eine schärfere Abgrenzung von den Kommunisten. Den Liberalen Partnern wird mangelnder Sinn für Sozialismus vorgeworfen, den Kommunisten Unverständnis für Demokratie.

Tatsächlich hat sich die KPF trotz "guter Vorsätze" nicht wesentlich geändert. Sie ist heute noch "stalinistischer" als die meisten Kommunistischen Parteien Europas.

Jahrelange Diskussionen zwischen französischen Sozialisten und Kommunisten über Freiheit und Demokratie, Krieg und Frieden, gewalt-
same oder friedliche Wege zum Sozialismus zeitigten bis jetzt nur geringe Ergebnisse. Dennoch sollen diese Diskussionen laut Parteitagebeschluss fortgesetzt werden. Man hörte aber in Suresnes diesmal wieder härtere Kritik an den kommunistischen Thesen und Methoden. Die SFIO verlangt nicht nur nach rechts, sondern auch nach links eine deutliche Abgrenzung.

Weltpolitik

Offensichtlich haben die letzten internationalen Ereignisse dazu stark beigetragen. Die Positionen der SFIO und der KPF sind in der Nahostkrise einander diametral entgegengesetzt. Während die französischen Kommunisten mehr denn je de Gaulles Außenpolitik unterstützen, erklärte sich die SFIO von Anfang an mit letzter Deutlichkeit für Israel. Guy Mollet, Ministerpräsident während der Suezkrise, wiederholte und belegte in Suresnes seine alte These, laut welcher Nasser die Rolle eines Hitler spielte. Der Parteitag sprach sich ausdrücklich für die "Sicherheit an Israels Grenzen" aus. Golda Meir, früherer israelischer Außenminister und jetzt Vorsitzende der Mapai, erhielt nach ihrer Rede auf dem Parteitag tosenden Beifall.

Andererseits ist die SFIO im Einklang mit den meisten Franzosen gegen den Vietnamkrieg, für "bedingungslose Einstellung der amerikanischen Bombenangriffe in Nordvietnam" und für eine Neuauflage der Genfer Konferenz mit Beteiligung Chinas, Nord- und Südvietnams, einschließlich des Vietkong. Vielleicht werden neue internationale Ereignisse auch Frankreichs Innenpolitik zu neuen Entscheidungen treiben.

+ + +

Frankreichs Kommunisten verlegen

Der Verlauf und besonders die Entschlüsse des SFIO-Parteitages hat die französischen Kommunisten in arge Verlegenheit gebracht. Sie müssen feststellen, daß ihre Volksfrontträume weit davon entfernt sind, Wirklichkeit zu werden. So mußte der Generalsekretär der KPF schon in dieser Woche öffentlich zugeben, die Haltung der französischen Kommunisten gegenüber Israel habe das Gespräch zwischen Sozialisten und Kommunisten empfindlich gestört. Man werde jedoch auf innen- und besonders auf sozialpolitischem Gebiet nicht in dem Bemühen nachlassen, die "Einheit der Arbeiterklasse" wieder herzustellen.

In der Tat hat die KPF größte Mühe, ihren Mitgliedern begreiflich zu machen, daß Israel ein "imperialistischer Aggressor" ist, während Nasser und milliarden schwere Ölscheichs plötzlich "Sozialisten" sein sollen. Der durch die Nahostkrise entstandene Konflikt innerhalb der KPF ist besonders in der Pariser Region deutlich erkennbar, weil dort zahlreiche kommunistische Funktionäre selbst Juden sind. Auch die meisten früher den Kommunisten nahestehenden Intellektuellen haben sich in der Nahostkrise deutlich auf die Seite Israels gestellt.

+ + +